

„Die meisten Marokkaner haben die Hoffnung auf eine Veränderung längst verloren“

Der marokkanische Publizist Khalid Jamaï über die Lage nach den Wahlen

Khalid Jamaï ist einer der profiliertesten Publizisten in Marokko. Er gilt als einer der besten Kenner der marokkanischen Innenpolitik; seit über 40 Jahren beobachtet er das politische Geschehen in Marokko. Seine Analyse der gegenwärtigen Lage ist eher düster; echte Veränderungen seien auch unter einem islamistischen Regierungschef nicht zu erwarten.



Khalid Jamaï, Rabat/Marokko

©Beat Stauffer

Beat Stauffer, Rabat

Dem braungebrannten älteren Herrn, den der Reporter in einem Café in Rabat zu einem längeren Gespräch trifft, sieht man seine 67 Jahre nicht an. Khalid Jamaï gilt als der Doyen der marokkanischen Journalisten und als einer der besten Kenner der marokkanischen Innenpolitik. Journalismus betreibt er seit über 40 Jahren. Angefangen hatte er bei der französischsprachigen Tageszeitung "L'Opinion", dem Organ der Unabhängigkeitspartei Istiqlal. Jamaï engagierte sich während langen Jahren auch im Zentralvorstand der Partei, bis er sein Amt auf Grund von Differenzen aufgeben musste. Weitere Stationen waren die Wochenzeitung „La Vie Economique“ und „Le Journal Hebdomadaire“, wo er während mehr als zehn Jahren wöchentlich viel beachtete Kolumnen verfasste. Seit der durch einen Inserateboykott verursachten Einstellung der kritischen Wochenzeitung ist von Jamaï in Marokko etwas weniger zu lesen.

Jamaï ist ein Journalist, der mit scharfer Feder und Leidenschaft für seine Anliegen kämpft. Manche werfen ihm Verbitterung oder einen gewissen Hang zu Populismus vor, doch an seiner Integrität werden keine Zweifel laut. Aus einer Familie von Unabhängigkeitskämpfern stammend, wandte sich Jamaï schon in den 80er Jahren von der

Istiqlal-Partei ab und vertrat zunehmend regimekritische Positionen. Unter Hassan II musste er deswegen eine fünfmonatige Strafe absitzen. Dies hinderte ihn nicht daran, im Jahr 1993 einen Offenen Brief an den damaligen Innenminister, Driss Basri, zu verfassen. Kein Blatt vor den Mund nimmt Jamaï auch gegenüber dem heutigen Monarchen und dessen Herrschaftsapparat, dem „Makhzen“. Im Gegensatz zu manchen regimekritischen Intellektuellen ist Jamaï volksnah und pflegt insbesondere auch Kontakte zu Angehörigen der Armee, der „grossen Unbekannten“ der marokkanischen Politik.

Die Resultate der Parlamentswahlen sind für Khalid Jamaï keine Überraschung. Das gute Abschneiden der gemässigt-islamistischen Partei PJD interpretiert er in erster Linie als „Abstrafung“ der grossen etablierten Parteien. Insbesondere für die sozialistische USFP seien die Wahlergebnisse eine „Katastrophe“ gewesen.

An der Wahlbeteiligung von rund 45% hegt Jamaï grosse Zweifel. Er gehe davon aus, dass die Resultate manipuliert worden seien. Dafür gebe es im Moment zwar keine Beweise. Doch Jamaï sieht starke Indizien dafür, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Zum einen habe die Wahlbeteiligung 2007 noch bei 37% gelegen, und es sei nur schwer nachvollziehbar, weshalb vier Jahre später und in einem wirtschaftlich noch schwierigeren Umfeld deutlich mehr Wähler an die Urne gegangen seien. Zum andern erachtet Jamaï den abrupten „Sprung“ der Wahlbeteiligung von rund 35% auf über 45%, der laut den Angaben des Innenministeriums am Wahltag zwischen 18 und 19.30 Uhr stattgefunden haben soll, als höchst unglaubwürdig.

Massgebend ist der Wille des Königs

Doch Jamaï mag sich nicht allzu lang über derartige Fragen auslassen. Für ihn ist eh klar, dass der König auch weiterhin fast alle Karten in den Händen hält und nach Gutdünken schalten und walten kann. Zwar muss Mohamed VI gemäss der neuen Verfassung, welche die marokkanische Bevölkerung Anfang Juli gut geheissen hat, den Chef der neuen Regierung aus den Reihen der Partei wählen, welche am meisten Stimmen gemacht hat. Doch innerhalb dieses Rahmens, sagt Jamaï, hänge alles „vom Willen des Königs“ ab. Für die Koalitionsverhandlungen, welche die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) nun aufgenommen hat, sieht Jamaï zwei wahrscheinliche Szenarien. Die erste besteht darin, diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, indem der Palast die Parteien der so genannten „Koutla“ – Istiqlal, USFP und die exkommunistische PPS – unter Druck setzt, keine ernsthaften Gespräche mit dem PJD einzugehen. Somit könnte der König in absehbarer Zeit die Koalitionsverhandlungen für gescheitert erklären und einen anderen Regierungschef ernennen. Die zweite Variante wäre eine Koalition mit den erwähnten Parteien, deren Exponenten – insbesondere der vormalige Regierungschef Abbas al-Fassi – im Volk sehr unbeliebt sind. Diese Option könnte für den Palast ein gewisses Risiko darstellen, weil die beiden grossen, konservativen Parteien PJD und Istiqlal gemeinsam eine echte, breite Koalition bilden und sich dem königlichen Willen

gegebenenfalls ein Stück weit entgegenstellen könnten. Doch auch in diesem Fall, so glaubt Jamaï, hätte der Monarch genügend Möglichkeiten, ein neues, demokratisch legitimes Machtzentrum zu schwächen: Da die Regierung letztlich nur über einen geringen Handlungsspielraum verfüge, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes aber gewaltig seien, brauchte es nur wenig, um die neue Regierung gegenüber der Bevölkerung diskreditieren zu lassen.

Doch ist es nicht auch denkbar, dass die siegreich aus den Wahlen hervorgegangene PJD gegenüber dem Palast einen anderen, weniger unterwürfigen Ton anschlägt und sich dabei auf ihre demokratische Legitimation beruft? Jamaï hält dies für höchst unwahrscheinlich. Der PJD sei eine „zutiefst königstreue“ Partei, und sie werde diesen Kurs auch in der nächsten Zukunft beibehalten.

Pessimistische Einschätzung

Im Gespräch zeigt sich Khalid Jamaï überdies sehr pessimistisch hinsichtlich der Stimmung im Land wie auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Situation. „Die meisten Marokkaner haben die Hoffnung auf eine Veränderung längst verloren“, sagt Jamaï. „Sie fühlen sich betrogen“. Die bisherige Bilanz der Herrschaft von König Mohamed VI, in den auch er selber anfänglich viel Hoffnung gesetzt habe, sei „enttäuschend“. Zwar sei die Verkehrsinfrastruktur in den vergangenen Jahren tatsächlich markant modernisiert worden, und die Menschenrechtslage habe sich etwas verbessert. Doch Verschleppungen und Folter fänden in Marokko weiterhin statt, und es existierten immer noch geheime Haftzentren.

Vor allem aber verfüge der König auch nach der jüngsten Verfassungsreform - für Jamaï nichts mehr als ein „Relooking“ - immer noch über eine fast uneingeschränkte Macht und müsse niemandem Rechenschaft ablegen. Dem König wirft Jamaï zudem vor, mit der Verfassungsreform einen „strategischen Fehler“ begangen zu haben, indem er seine Rolle als „obersten Schiedsrichter“ aufgegeben und offen Partei für die erwähnte Reform genommen habe.

„Wissen Sie, wer in Marokko die tatsächliche Macht in den Händen hält?“, fragt Jamaï. Und er gibt sogleich die Antwort, ohne sich im Café umzuschauen: Es seien die Generäle Ben Slimane, Bennani, Laânigri; alles Offiziere fortgeschrittenen Alters, die bereits unter König Hassan II gedient hätten. Die Macht der offiziellen, gewählten Regierung falle demgegenüber kaum ins Gewicht. Die wirtschaftliche Macht liege zudem bei der ONA, einer Industrieholding, die sich mehrheitlich im Besitz des Palasts befindet. Besonders schlecht kommen in Jamaïs Urteil die engsten Berater von König Mohamed VI weg, denen er Korruption und Bereicherung im grossen Stil vorwirft. Dazu gehört insbesondere Fouad al-Himma, der vormalige Staatssekretär und Gründer der Partei „Authenticité et Modernité“ (PAM). Man könne in Marokko nicht geschäftlich tätig sein, ohne den Weg über al Himma zu gehen.

Eine „Entheiligung“ der Monarchie

Doch die arabische Demokratiebewegung ist auch in Marokko zu spüren. Für Jamai ist eindeutig eine „Entheiligung“ (désacralisation“) der Monarchie wahrzunehmen. So liessen sich heute auf dem Internet sehr harte Kommentare über den König lesen; etwas, was noch vor kurzem undenkbar gewesen wäre. Dies sei ganz klar eine Folge der „Bewegung des 20. Februar“ – so der Name der Demokratiebewegung in Marokko. Diese Bewegung habe dazu geführt, dass sich marokkanische Bürger nun Dinge zu sagen getrauten, die noch vor kurzem undenkbar gewesen wären. So hätten zum Beispiel vor kurzem Richter eine Vereinigung gegründet, um auf diesem Weg ihre Prinzipien gegen Einflussnahme von oben zu verteidigen. Als die Behörden daraufhin die eine weitere Zusammenkunft verboten, seien die Richter kurzerhand auf die Strasse gegangen und hätten dort unter anderem die Einführung der Gewaltentrennung verlangt. In der Armee gebe es nun Offiziere, die eigene Facebook-Seiten hätten. In den Köpfen habe eine Entwicklung stattgefunden, folgert Jamai, die sich nicht mehr aufhalten lasse. Diese Entwicklung sei eindeutig der Demokratiebewegung zu verdanken.

Jamai hält es allerdings für wichtig, die jeweiligen Bewegungen in den verschiedenen arabischen Ländern nicht über den gleichen Leist zu scheren. In jedem Land herrschten je eigene Bedingungen, die es zu berücksichtigen gelte. In Marokko sei es bei Aufständen auf dem Land immer um sehr konkrete Dinge gegangen; etwa um den Kampf um Wasser, um die Verbesserung der medizinischen Versorgung, um Anschluss ans Elektrizitätsnetz. Im Rahmen dieser Proteste, so hält Jamai fest, sei es regelmässig auch zu Selbstverbrennungen gekommen. „Wir hatten Dutzende von Bouazisis in Marokko“, sagt Jamai. Weil das Regime aber verschiedene „Überdruckventile“ zugelassen habe, sei es im Gegensatz zu Ägypten oder Tunesien kaum je zu „Explosionen“, sprich: zu grösseren Aufständen - gekommen.

Die monatlichen Demonstrationen, welche die „Bewegung 20. Februar“ in Dutzenden von Städten in ganzen Land durchführt, erachtet Jamai ohnehin eher als „Nebenerscheinung“. Sehr viel entscheidender seien die Organisationen, die hinter diesen Demonstrationen steckten und ohne die die „Bewegung“ nie das Gewicht erhalten hätte, welche sie heute besitze. Es handelt sich die unabhängige marokkanische Menschenrechtsorganisation AMDH, drei kleinere linke Parteien, verschiedene Berberbewegung, den marokkanischen Ableger von ATTAC sowie um die islamistische Organisation „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“, die von den Behörden geduldet, aber als Partei nicht zugelassen ist. Diese Gruppierungen hätten in Marokko seit dem Jahr 2005 „Koordinationskomitees“ ins Leben gerufen, welche die lokalen Demonstrationen koordiniert und auch als „Puffer“ zwischen den jugendlichen Demonstranten und den Behörden gewirkt hätten.

Khalid Jamai gibt sich überzeugt, dass die in den vergangenen Wochen etwas erlahmte „Demokratiebewegung“ auch nach der Ernennung einer neuen Regierung mit einem islamistischen

Regierungschef Präsenz markieren wird. Den Grund dafür sieht Jamai in den „ungelösten strukturellen Problemen“ des Landes.

Der neuen Regierung, die in den kommenden Tagen ernannt werden soll, gibt Jamai keine grosse Chance. „Die Partei PJD ist eine Schöpfung des „Makhzen“, des königlichen Machtapparats“, sagt Jamai. Wahlgesetz und die Einteilung der Wahlbezirke verhinderten zudem, dass eine Partei je eine Mehrheit erringen könne. Auch die PJD sei nun gezwungen, Allianzen mit „makhzenisierten“, sprich domestizierten Parteien einzugehen. Auf solche Weise behalte der König stets alle Karten in seiner Hand.

Die grosse Unbekannte bleibt dabei die islamistische Organisation Gerechtigkeit und Wohlfahrt (al-Adl wal-Ihsane), die sich unter den gegebenen Umständen von der Politik fernhalten will. Sie wolle vielmehr warten, bis sich die Lage aufgrund der ungelösten Probleme zuspitze und ihr die Macht wie eine überreife Frucht von selbst zufalle. Dies sei, meint Jamai mit bitterem Unterton, eine durchaus intelligente Strategie. (2.12.2011)